

SOLOTHURNER FREISINN

Wir machen Solothurn stark!

Foto: Michel Lüthy, bilderwerft.ch

Wahlen 2023

Interview mit Ständeratskandidat Remo Ankli.

Seite 1 und 3

Unsere Kandidierenden für den Nationalrat der Liste 1 und 2.

Seite 4 und 5

Delegiertenversammlung in Derendingen

Mehr als 100 Delegierte trafen sich in der Giessi in Derendingen zur kantonalen Delegiertenversammlung mit dem Fokus «Gesundheitsversorgung».

Seite 9

In der heissen Phase des Wahlkampfs ist die Mobilisierung unglaublich wichtig

Für die Schlussphase des Wahlkampfs hat die FDP ein innovatives Videoprojekt lanciert. Wer sich jetzt registriert, erhält nächste Woche von Parteipräsident Thierry Burkart ein persönliches Video.

Seite 13

Die doppelte Dividende der Schuldenbremse

Die Schuldenbremse wird 20 Jahre alt. Finanzministerin Karin Keller-Sutter blickt in die Vergangenheit und in die Zukunft und würdigt dieses wichtige Instrument der Schweizer Politik.

Seite 16

Der lange wirtschaftliche Niedergang Europas bedroht uns

Parteivizepräsident und Nationalrat zeigt auf, was der wirtschaftliche Kriechgang Europas für dramatische Auswirkungen hat. Die Schweiz muss sich aktiv dagegenstemmen, damit sie nicht in den gleichen Sog gerät.

Seite 20 und 21



Remo Ankli

in den Ständerat

Am 22. Oktober 2023 wählen wir das nationale Parlament neu. Mit Regierungsrat Remo Ankli stellt sich ein erfahrener Politiker zur Wahl um einen Sitz im Ständerat.

Remo Ankli, Sie sind seit zehn Jahren Regierungsrat und Bildungsdirektor des Kantons Solothurn. Sie treten am 22. Oktober zur Wahl in den Ständerat an. Was reizt Sie an diesem Amt?

Der Ständerat repräsentiert die Kantone. Als langjähriges Mitglied der Solothurner Regierung und

früherer Gemeindepräsident kenne ich die Anliegen der unteren Staatsebenen ganz genau. Deshalb bringe ich gute Voraussetzungen mit, um auf Bundesebene die Interessen unseres Kantons und seiner Bevölkerung zu vertreten.

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

- 3–10 Solothurner Freisinn
- 11 Budget-Versicherung gegen den Prämienanstieg
- 12/13 Bereit für den Wahlkampf
- 14/15 Für eine harte, aber faire Migrationspolitik
- 16/17 20 Jahre Schuldenbremse
- 18/19 1000 Freisinnige am Tag der FDP in Fribourg
- 20/21 Europas Niedergang bedroht uns
- 22 Ausblick auf die Herbstsession
- 23 Vermischtes



**Wer liberale Lösungen will,
wählt FDP**

Gemeinsam machen wir die Schweiz stark

Liebe Freisinnige

Wir gehen mit vereinter und geballter Kraft in die Wahlen! Die freisinnige Politik bildet die Festung gegen linke Umverteilung, grüne Verbote, konservative Bewegungslosigkeit und rechtsnationale Abschottung. Das Erfolgsmodell Schweiz steht im In- und Ausland unter Druck. Links-grüne Parteien wollen unsere Unternehmen kaputtregulieren und stehen dem technologischen Fortschritt im Weg. Konservativen mangelt es an Mut und Weitsicht, um die notwendigen Reformen anzupacken. Wir halten dagegen und erarbeiten Lösungen, damit die Schweizerinnen und Schweizer auch morgen in Wohlstand und Freiheit leben können.

Start in die heisse Phase des Wahlkampfs

Am Tag der FDP vom 2. September starteten wir fulminant in die heisse Phase des Wahlkampfs. Im Kreise der freisinnigen Familie machten wir uns auf eine Reise durch die Geschichte der liberalen Kräfte in der Schweiz. Seit 1848 trägt die FDP in allen Institutionen Verantwortung; seit 175 Jahren gestaltet der Freisinn unsere Willensnation wie keine andere Kraft mit. Wir verbinden seit jeher Fortschritt mit Geschichte und Tradition. Wir stehen für Stabilität, Verlässlichkeit und Rechtssicherheit.

Anpacken und die Schweiz stark machen

Der Wohlstand für die Menschen in der Schweiz fällt nicht vom Himmel, sondern muss tagtäglich

erarbeitet werden. Dafür kämpfen wir! Wir kämpfen für eine starke und innovative Wirtschaft, für gesicherte Sozialwerke sowie Sicherheit und Versorgungssicherheit für alle. Wir gehen die Herausforderungen unserer Zeit mit Mut und Zuversicht an, um die Zukunft aktiv zu gestalten. Die Krisen der letzten Jahre zwingen uns zu mehr Realitäts-sinn; sie haben gezeigt, dass Freiheit, Gemeinsinn und Wohlstand keine Selbstverständlichkeit sind.

Sie und ich – wir alle werden an den kommenden Podiumsdiskussionen, Interviews und Standaktionen den Menschen im ganzen Land unsere liberalen Lösungswege aufzeigen, darüber diskutieren und debattieren. Wer den Wohlstand in unserem Land erhalten will, wählt FDP. Wem eine sichere und zukunftsfähige Altersvorsorge wichtig ist, wählt FDP. Wer eine sichere, international vernetzte Schweiz und jederzeit genug und bezahlbaren Strom will, der wählt FDP!

Menschen, die anpacken, machen die Schweiz stark.

Machen wir gemeinsam die Schweiz stark!

Ihr Thierry Burkart

Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Fortsetzung von Seite 1

Wieso?

Ein wichtiger Pfeiler unseres Systems ist das Subsidiaritätsprinzip, also der Grundsatz, dass jede staatliche Aufgabe so nah wie möglich bei den Bürgerinnen und Bürgern erfolgen muss. Das stärkt die Akzeptanz und die Kontrolle über das staatliche Handeln. Hier kann ich meine Erfahrung einbringen und mithelfen, dass der Bund nicht ständig seinen Einfluss erweitert.

Wo legen Sie als Regierungsrat Ihre Schwerpunkte?

Bisher war ich als Regierungsrat für die Bereiche Bildung, Kultur und Sport verantwortlich. Der Einsatz für eine qualitativ gute Aus- und Weiterbildung, für ein reiches und bereicherndes Kulturleben sowie für ein attraktives Sportangebot ist eine schöne Aufgabe.

Die Schweiz ist ein wohlhabendes Land. Worauf müssen wir achten, dass das so bleibt?

Es ist eine liberale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die unser Land erfolgreich gemacht hat. Ich setze mich dafür ein, diese Erfolgsgeschichte fortzusetzen. Dabei dürfen wir auf ein gutes Ausbildungsniveau, auf eine konkurrenzfähige Exportwirtschaft und auf einen soliden Finanzhaushalt zählen. Das soll so bleiben.

Wie wollen Sie die Interessen der Wirtschaft vertreten?

Zur Wirtschaft gehören wir alle. Wettbewerbsfähige und florierende Unternehmen schaffen Wohlstand und bilden so das Fundament für die physische und soziale Sicherheit unseres Landes. In den kommenden Jahren stehen zentrale Fragen an: eine nachhaltige Finanzierung der Sozialwerke und Renten, eine verlässliche Versorgung mit Energie, die Bezahlbarkeit der Krankenkassenprämien und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.

Wie wollen Sie sich konkret im Ständerat für den Kanton Solothurn stark machen?

Der Kanton Solothurn hat vitale Interessen in Raumplanungs-, Verkehrs- und Energiefragen. Für sichere Arbeitsplätze in unserem Kanton ist ein stabiler und geregelter Zugang zum Binnenmarkt der Europäischen Union zentral.

Wie ist Ihre Prognose für den Wahlsonntag?

Die Konkurrenz ist stark, daher rechne ich mit einem zweiten Wahlgang. Ich hoffe aber auf ein gutes Resultat und freue mich sehr auf viele Stimmen. Vielen Dank!



Remo Ankli. Einer für uns.



«Remo Ankli pflegt zielführend den Dialog zwischen Politik und Gesellschaft über wirtschaftsrelevante Fragen. Und er setzt sich aktiv für das Modell der dualen Berufsbildung ein.»

Alex Naef, Unternehmer, Bellach



«Mit der neuen Regionalpolitik investieren Bund und Kantone in innovative Unternehmen in ländlichen Regionen. Remo Ankli setzt sich dafür ein, dass das Schwarzbubenland in diesen Perimeter aufgenommen wird.»

Sylvia Leisi, Unternehmerin, Gempen



«Mit seiner Offenheit gegenüber der Bildung und Kultur hat Remo Ankli die Vergangenheit wie die Zukunft unseres Landes im Blick.»

Ursula Berger, Tanzpädagogin/Choreografin, Artistic Director TANZINOLTEN, Olten



«Sport und Politik haben eines gemeinsam: Wer erfolgreich sein will, muss beharrlich sein und Durchsetzungsvermögen haben. Remo Ankli bringt beide Eigenschaften mit.»

Heinz Frei, Spitzensportler, Oberbipp



«Es ist wichtig, dass Jugendliche befähigt werden, selbständig zu lernen und sich eine eigene Meinung zu bilden. Ein modernes und ideologiefreies Bildungssystem, wie es Remo Ankli fördert, trägt dazu bei.»

Daniel Cartier, Sekundarlehrer, Gretzenbach



«Als ehemaliger Gemeindepräsident kennt Remo Ankli die Bedürfnisse auf lokaler Ebene und kann sie auf Bundesebene einbringen.»

Susanne Rufer, Gemeindepräsidentin, Lüsslingen-Nennigkofen



Liste 1

In den Nationalrat

«Gemeinsam stark für dich» – unter diesem Motto startet die Liste 1 in den Wahlkampf.

**Markus Dietschi,
Selzach**

Der Selzacher Markus Dietschi (1975) ist verheiratet und Vater von zwei Kindern. Er ist Landwirt mit eigenem Betrieb, Gründer einer Stellenvermittlungs- und einer Beratungsfirma. Er sitzt im Solothurner Kantonsrat, ist Mitglied der UMBAWIKO und präsidiert den Verein «Für üsi Witi». Nebenbei organisiert er Anlässe wie «Landwirtschaft verzaubert» und das «Buechibürger Landfest». Dies ganz nach seinem Motto «vielseitig – ehrlich – direkt». «Ich setzte mich unter anderem für den Bürokratieabbau und für faire Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Landwirtschaft ein», sagt Markus Dietschi.

**Simon Michel,
Solothurn**

Simon Michel (1977) ist mit seiner Familie in der Stadt Solothurn wohnhaft. Die Kinder gehen hier zur Schule. Simon ist CEO der Ypsomed-Gruppe mit über 2200 Mitarbeitenden. Das Unternehmen spezialisiert sich auf die Behandlung chronischer Krankheiten. Simon ist seit 6 Jahren Mitglied des Kantonsrates und der Finanzkommission. Er ist Vorstandsmitglied bei Swiss Medtech, bei economiesuisse und bei der Solothurner Handelskammer. Dienst leistet er im Militärstrategischen Stab. «Ich übernehme Verantwortung für unsere Gesellschaft, für unsere Wirtschaft und für unseren Staat, indem ich mich für Sport und Kultur, Arbeitsplätze und Bildung, Sicherheit und Handel einsetze. In Bern fehlen die Praktiker und Unternehmer – ich will das ändern.»

**Franziska Hochstrasser,
Gerlafingen**

Aufgewachsen in Solothurn, ist Franziska Hochstrasser (1978) nach 20 Jahren in Däniken nun in Gerlafingen wohnhaft. Mit ihrem Mann und ihrer Tochter geniesst sie ihre Freizeit im Garten. Die gelernte Landwirtin und Agronomin ist als Parteisekretärin tätig. Die überbordende Bürokratie ist ihr ein Dorn im Auge.

Als Feuerwehroffizierin und -instruktorin ist es ihr ein Anliegen, dass den Milizorganisationen genügend Wertschätzung entgegengebracht wird. «Es braucht das Verständnis der Arbeitgeber, dass im Notfall die Einsatzkräfte den Arbeitsplatz verlassen können, um die Einsätze zu bewältigen.»

**Manuela Misteli,
Biberist**

Ihre Energie und Ideen stecken an. Sie setzt sich für eine weltoffene, zukunftsgerichtete Schweiz ein. Manuela Misteli (1971) lebt die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Politik. Sie hat vom dualen Bildungssystem profitiert und Chancengleichheit erlebt. Als Gemeinde- und Kantonspolitikerin wird sie im Nationalrat Generationensolidarität einfordern und unternehmerische Akzente setzen – liberal, innovativ, bezahlbar. Die einstige NLA-Handballerin und dreifache Mutter setzt auf Teamfähigkeit, Diversität und Kreativität. Auf die selbstständige Architektin und Politikerin ist Verlass: #eifachMisteli.

**Barbara Leibundgut,
Bettlach**

Langweilig wird es Barbara Leibundgut (1963) nicht. Wenn sie nicht als Gemeindepräsidentin, Kantonsrätin oder Verwaltungsrätin unterwegs ist, verbringt sie Zeit mit ihren Enkelkindern. Für sie ist klar: «Ich bin überzeugt, dass ich mit meinem Wissen und meiner Erfahrung aus Politik, Verwaltung und Privatindustrie den Kanton Solothurn auf eidgenössischer Ebene gut vertreten kann und einen wesentlichen Beitrag zur Gestaltung unseres Landes leisten will.»

**Martin Rufer,
Lüsslingen**

Im Nationalrat mit Herzblut für eine starke und sichere Schweiz eintreten: Das will Martin Rufer (1977). Als Direktor des Schweizer Bauernverbandes und als Kantonsrat kennt er das politische Handwerk, um Mehrheiten zu schaffen und Politik mit Wirkung zu machen. «Wir brauchen in der Politik mehr funktionierende Lösungen statt Utopien. Mit Schönwetterpolitik kommen wir nicht vorwärts.» Der Familienvater Rufer gilt als verwurzelt, bodenständig und ist ein Macher. In seiner Freizeit engagiert er sich ehrenamtlich im Turnverein und in der Gemeinde und spielt Korbball.



Liste 2

In den Nationalrat

Vor 16 Jahren stellte die Region Olten-Gösgen-Gäu mit Ruedi Steiner den letzten freisinnigen Nationalrat in Bern. Mit der starken FDP Liste Ost bietet sich der Region Olten-Gösgen-Gäu wieder die Chance eines Sitzgewinns für den unteren Kantonsteil, die Wiege des Freisinns.

Johanna Bartholdi, Egerkingen

Auch nach 14 Jahren als Gemeindepräsidentin und zehn Jahren als Kantonsrätin fasziniert Johanna Bartholdi (1951) die Politik: «Mit Hartnäckigkeit kann man etwas bewegen. Und ich finde, unser Kanton braucht in Bern eine bestimmtere Stimme.» Die gelernte dipl. Hotelière mit erfolgreichem Abschluss BLaw (2016) fühlt sich gerüstet für die nationale Bühne, wo sie sich mit Leidenschaft für Jung und Alt einsetzen will, ganz nach ihrem Motto «Leidenschaft kennt kein Alter». Ihre Schwerpunkte sind die Alters- und Gesundheitsvorsorge und die Verbesserung der Beziehungen zur EU. Es brauche neue Ansätze.

Daniel Probst, Olten

Stark verwurzelt in der Stadt und Region Olten, als Direktor der Solothurner Handelskammer und Kantonsrat gut vernetzt im ganzen Kanton und durch nationale Mandate mit wertvollen Kontakten in die gesamte Schweiz: Daniel Probst (1973) will sich in Bern für eine starke Wirtschaft zum Wohle der Menschen einsetzen. «Ich stehe ein für eine offene, freiheitliche, liberale sowie sozial und ökologisch nachhaltige Schweiz. Ohne Verbote und Einschränkungen, sondern mit innovativen Lösungen.» Seine Freizeit geniesst er gerne mit der Familie, mit Fasnacht, mit EHCO- und FCB-Spielen, mit Reisen und mit Sport.

Thomas Fürst, Olten

Aufgewachsen in Schönenwerd, lebt Kantonsrat Thomas Fürst (1984) seit vielen Jahren in Olten, wo er sich auch im Gemeindeparlament engagiert. Der eingefleischte Fasnächtler ist als selbstständiger Rechtsanwalt und Geschäftsführer eines Unternehmensverbandes der Uhren- und Mikrotechnikindustrie tätig. Von dieser Funktion her weiss er auch um den Wert einer gut funktionierenden Sozialpartnerschaft. «Diese ermöglicht es uns, branchenspezifische, massgeschneiderte Lösungen zu finden – und damit auch die Forderungen nach immer strengeren nationalen Regulierungen einzudämmen», erklärt Fürst.

Markus Spielmann, Starkkirch-Wil

Das «Oltner Tagblatt» bezeichnet Markus Spielmann (1975) als einen, der auf seine «Ochsentour» bauen kann. Er ist ein im ganzen Kanton verwurzelter Familienmensch und Partner eines Anwaltsbüros in Olten, Solothurn und Grenchen. Bekannt ist er als Kantonalpräsident des Hauseigentümerverbandes und als Fraktionschef der FDP im Kantonsrat sowie als ehemaliger Präsident des Anwaltsverbandes. Seine Kandidatur wird von Wirtschaft, Gewerbe und HEV unterstützt. Im Kantonsrat ist er seit sieben Jahren aktiv. Spielmann gilt als volksnah, bodenständig und als einer, der zuhören kann. Diese Eigenschaften will er nach Bern tragen.

Adriana Marti-Gubler, Kienberg

Die Kienbergerin Adriana Marti-Gubler (1987) vertritt auf der FDP Liste Ost das Niederamt und insbesondere die ländlicheren Gemeinden. Seit sechs Jahren setzt sie sich als Gemeindepräsidentin für die Dorfgemeinschaft ein. «Ich schätze den engen Kontakt zu den Einwohnerinnen und Einwohnern», sagt Marti-Gubler. Sie ist selbstständigerwerbend im Kommunikationsbereich und Mutter eines bald zweijährigen Sohnes. Sie will sich für starke Familien, eine prosperierende Wirtschaft und als ehemalige langjährige Handballerin sowie als EHC-Olten-Fan für die Anliegen der Sportlerinnen und Sportler einsetzen.

Christian Thalmann, Breitenbach

Seit seiner Jugend faszinieren Christian Thalmann (1973) Zahlen. Er steht für eine sinnvolle Verwendung des Steuerfrankens ein. «Jeder Franken, der ausgegeben wird, muss zuerst verdient werden!» Dieser Grundsatz gelte nicht nur bei der öffentlichen Hand, sondern auch bei KMU oder bei Privaten. Nicht nur als Buchhalter und heutiger Finanzchef der Bandfabrik Breitenbach AG, sondern auch als Vizepräsident der kantonalen Finanzkommission und als Gemeinderat (Ressort Finanzen) schaut er darauf, dass der Franken nachhaltig und sinnvoll ausgegeben wird. Das will er auch in Bern mit Freude und Elan tun.

Neuigkeiten von den Jungfreisinnigen – Mehr Freiheit. Weniger Staat.

Rückblick auf unseren Neumitgliederanlass

Am Samstag, 12. August 2023, haben wir einen Grillvent organisiert, wo wir potenzielle Neumitglieder und Jungfreisinnige zusammenführen konnten.

Der gut besuchte Emmenspitz in Zuchwil diente als hervorragende Abendkulisse, um neue Mitglieder kennen zu lernen und unsere Philosophie für einen erfolgreichen Jungfreisinn auszutauschen. Selbstverständlich kam der gesellige Teil nicht zu kurz, wodurch wir beim Bräteln einer Bratwurst oder dem Trinken eines «Misteli-Bieres» Kontakte und neue Freundschaften knüpfen konnten.

Den Organisatoren dieses Anlasses, namentlich Gina Rizzoli und Emrecan Deger aus unserem Vorstand, danken wir herzlich für diesen tollen Abend.



Podcast «Freisinnig diskutiert»

Vor einigen Wochen haben Vizepräsident Matthias Scheidegger und Vorstandsmitglied Roman Schöll den Podcast «Freisinnig diskutiert» gestartet. Alle zwei Wochen am Sonntagabend diskutieren die beiden über verschiedene Themen und laden Gäste zu spannenden Gesprächsrunden ein.

Als Gesprächspartner durften wir bereits unsere Präsidentin Melanie Racine und FDP-Präsident Stefan Nünlist begrüßen.

Zu finden ist unser Podcast auf allen gängigen Podcast-Plattformen (bspw. Spotify, Apple Podcast und Deezer).

Weitere Informationen dazu gibt es auf unserer Website jfs.ch/freisinnig-diskutiert.

Cannabis-Verteilaktion

An Mariä Himmelfahrt wurde unser Volksauftrag, der vom Kantonsrat als Standesinitiative nach Bern gegeben wurde, in der SGK-S behandelt.

An diesem Tag haben wir auf dem Kreuzackerplatz in Solothurn auf unsere Position, Cannabis vollständig zu legalisieren, aufmerksam gemacht. Mit dem Verteilen von Hanfsamen, die wir freundlicherweise von Kantonsrat Markus Dietschi zur Verfügung gestellt bekommen hatten, konnten wir

einige Passantinnen und Passanten auf die aktuelle Situation hinweisen und haben gute Rückmeldungen erhalten.

Auf unsere Aktion wurde ebenfalls die «Solothurner Zeitung» aufmerksam und publizierte einen Tag später einen Artikel zu unserer Aktion. Unsere Position und den Artikel gibt es nachzulesen unter jfs.ch/cannabis-legalisieren.





The Sky is the limit für unsere Frauen!

FDP Frauen wählen!

Am Samstagmorgen, 3. Juni 2023, durften wir freisinnige Frauen aus der ganzen Schweiz zur eidg. Generalversammlung auf dem Flughafenareal Grenchen begrüßen.

Nach den Begrüßungsworten von Stadtpräsident François Scheidegger, Bettlacher Gemeindepräsidentin und Kantonsrätin Barbara Leibundgut und Co-Präsidentin der FDP Frauen Kanton Solothurn Karin Oertlin führte Nationalrätin und Präsidentin der FDP Frauen Schweiz, Susanne Vincenz-Stauffacher, die Versammlung geschickt durch den statutarischen Teil. Unter den vielen Anwesenden befanden sich einige entschlossene und hochqualifizierte Frauen, die gewillt sind, gemeinsam im Herbst nach Bern zu ziehen. So auch unsere geschätzte Nationalrätin Daniela Schneeberger (BL).

Mit Kaffee und Gipfeli gestärkt konnten die Anwesenden im eindrucklichen Hangar von Hugo Mathys einerseits innovative Aviationsluft schnuppern und andererseits gespannt der Podiumsdiskussion der drei Ständeratskandidatinnen Regine Sauter (ZH), Nina Schärrier (SH) und Sandra Hess (BE) zuhören. Nach einer köstlichen kulinarischen Verpflegung wurde der Tag mit einem interessanten Rahmenprogramm auf dem Flughafengelände abgerundet.

Im Anschluss, als Highlight, wurde die Classic Formation mit vier historischen Flugzeugen am klaren Himmel von Grenchen vorgeführt. Mit dem motivierenden Schlusswort der Präsidentin sind

auch die Anwesenden bereit, durchzustarten und in den Wahlkampf zu ziehen.

Mit genügend Energie und Elan traten die Besucherinnen am späten Nachmittag den Nachhauseweg an. Ein spezieller Dank geht an die Hauptorganisatorin Barbara Leibundgut und Flughafen-direktor Michael Steinbach, die uns diesen wundervollen Tag ermöglicht haben und die sonst verschlossenen Tore für einen Einblick geöffnet haben.

Nun sind die Sommerferien vorbei und die heisse Phase des Wahlkampfes für unsere Nationalratskandidatinnen wurde eingeläutet. Wir freuen uns sehr, dass wir fünf interessante, kompetente und starke Persönlichkeiten der FDP Frauen Solothurn (Johanna Bartholdi, Barbara Leibundgut, Adriana Marti-Gubler, Franziska Hochstrasser und Manuela Misteli) sowie vier junge Macherinnen der Jungfreisinnigen Kanton Solothurn (Melanie Racine, Misra Canbaz, Sveva Castrini und unsere Co-Präsidentin der FDP Frauen Kanton Solothurn, Merve Zejnula) unterstützen dürfen. Auf ihrem hoffentlich erfolgreichen Weg nach Bern finden diverse Veranstaltungen statt, an welchen wir uns freuen, wenn Sie unsere Kandidatinnen auch zahlreich unterstützen.

Nebst der gemeinsamen Teilnahme an Anlässen, Schreiben von Testimonials und Leserbriefen

können Sie finanziell auch für den Wahlkampf der Frauen etwas beitragen. Mit nur 50 Franken tragen Sie entscheidend zum Wahlkampf bei und unterstützen unsere Frauen. Hierfür haben wir den 50er Club ins Leben gerufen – siehe QR-Code:

FDP Frauen wählen!



Wir bedanken uns für jede Art von Unterstützung. Nur zusammen können wir den Rücken dieser Kandidatinnen stärken und ihnen ermöglichen, politisches Gehör auf allen Staatsebenen zu finden.

Anlässlich der HESO werden die FDP Frauen am Sonntag, 24. September, am Stand der FDP Solothurn vertreten sein. Wir freuen uns jetzt schon auf viele helfende Hände, Besuche und spannenden Gespräche mit Ihnen am «FDP Frauentag».

In den nächsten Wochen wird eine kantonale Kampagne für unsere Frauen durchgeführt, seien Sie gespannt!

Bleibt weiterhin alle am Ball und vergesst nicht: «Wir Frauen dürfen nicht zu Hause darauf warten, entdeckt zu werden.» (Susanne Vincenz-Stauffacher).

Die Co-Präsidentinnen:
Karin Oertlin und Merve Zejnula

Stefan Nünlist. Foto: Michel Lüthy, bilderwerft.ch



Kante zeigen

Präsidiale Gedanken

In einem Beitrag in der NZZ zu Beginn des Monats bringt es unser Parteipräsident Thierry Burkart auf den Punkt. Die Politik beschäftigt sich mit Genderstern oder der Frage, ob ein Haus in Zürich immer noch «Mohren» heissen darf.

Dabei wissen wir nicht, ob wir im kommenden Winter ausreichend Strom zur Verfügung haben, wie wir unsere Sozialwerke finanziell sichern, wie es mit uns und der EU weitergeht oder wie eine Schweizer Sicherheitspolitik in einer sich dramatisch verändernden Welt ausschauen könnte. Und uns allen steht zum neuen Jahr ein Schock bei den Krankenkassenprämien bevor, der Strom wird massiv teurer und auch Billett- und Abopreise für Bus und Zug werden kräftig erhöht. In den letzten Jahren – so das bittere Fazit – haben sich Bundesrat, Parlament und auch die Kantone zu oft an Nebensächlichkeiten abgearbeitet. Die grossen Herausforderungen wie die Sicherung einer bezahlbaren Gesundheitsversorgung, nachhaltig finanzierte Sozialwerke, sichere Stromproduktion im Inland oder die Definition einer Haltung zu Neutralität und EU blieben – da unpopulär und mühsam – auf der Strecke. Politische Arbeit und das Suchen nach tragfähigen Kompromissen ist

halt ein mühseliges Geschäft. Viel angenehmer ist es, mit roter Federboa medial begleitet das Bad in der Menge zu geniessen oder in Stammtischmanner zum 1. August Sprüche gegen Ausländer zu klopfen. Aber wir Schweizerinnen und Schweizer haben doch Besseres verdient als Schönwetterpiloten und Phrasendrescherinnen! Wir brauchen in unseren Parlamenten und Regierungen vorausschauende Männer und Frauen, die beharrlich und mutig heisse Eisen angehen und bereit sind, auch unpopuläre Wahrheiten auf den Tisch und vors Volk zu bringen. Bundesrätin Karin Keller-Sutter hat bei der CS-Krise Kante gezeigt, Verantwortung übernommen und gehandelt. Und mit Kurt Fluri waren wir Solothurner Freisinnigen während Jahren mit einem höchst professionellen, dem Wohl der Schweiz und unseren Werten verpflichteten, «anti-populistischen» Politiker im Nationalrat vertreten. Als Freisinnige sind wir bereit, in den Gemeinden, im Kantons- und Regierungsrat

Kante zu zeigen und Verantwortung zu übernehmen. Und das wollen wir künftig auch wieder in Bern tun. Am 22. Oktober stellt sich mit Regierungsrat Remo Ankli ein liberaler, unserem Kanton und der Schweiz verpflichteter Schwarzbube mit grosser Erfahrung und dem Herz am richtigen Fleck zur Wahl. Und unsere fünf Frauen und sieben Männer auf den Listen 1 und 2 sind bereit und fähig, im Nationalrat ihr Bestes zum Wohl von uns allen zu geben. Lasst uns unsere Freunde, Nachbarn, Arbeits- und Vereinskollegen und einfach möglichst viele Solothurnerinnen und Solothurner überzeugen, freisinnig zu wählen. Damit in diesem Land wieder echte Probleme gelöst werden.

Im Namen unserer Kandidierenden danke ich euch allen für eure Unterstützung!

Mit herzlichem Gruss, Stefan Nünlist



Wir machen Solothurn stark!

Delegiertenversammlung in Derendingen – Fokus «Gesundheitsversorgung»

Parteipräsident Stefan Nünlist durfte in der Giessi in Derendingen mehr als 100 Delegierte bei sommerlichen Bedingungen begrüßen. Ein besonderes Willkommen galt dabei selbstverständlich unserer neu gewählten Oberrichterin Barbara Obrecht Steiner.

soH – Chancen und Herausforderungen

Kompetent stellte Nationalrat Kurt Fluri als Präsident des Verwaltungsrates die Organisation und Herausforderungen der Solothurner Spitäler soH vor, eine gemeinnützige Aktiengesellschaft im Alleineigentum des Kantons Solothurn.

Im Zentrum der Strategie der soH stehen die Verbesserung der Qualität und der Patientenzufriedenheit, die Erhöhung der Produktivität und ein qualitatives Wachstum. Dazu muss auch der Kanton seinen Teil beitragen, wie etwa:

- eine höhere Beteiligung an den Ausbildungs- und Weiterbildungskosten der Ärzte und Pflege
- Vollständige Übertragung der Immobilien und des Bodens
- Einführung einer einheitlichen Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen

Kosten und Finanzierung des schweizerischen Gesundheitswesens

Thomas Fürst, Kantonsrat und Sekretär der Ständes- und Notfallkommission, gab einen Überblick über die komplexe Finanzierung im Schweizer Gesundheitswesen. Wir haben zwar eine sehr hohe Qualität, aber eben auch entsprechende Kosten von über CHF 86 300 000 000 pro Jahr. Damit haben wir eines der teuersten Gesundheitswesen weltweit. Schwierig haben es Reformen in diesem kom-

plexen System, so etwa das Projekt EFAS (Einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen), mit dem eine Reform der Finanzierung bezweckt werden soll.

Gesundheitsversorgung – Rolle unserer Kliniken

Unter Leitung von Kantonsrätin Barbara Leibundgut trafen sich dann verschiedene Akteure des Systems zur Diskussion:

Für Georgos Pallas, CEO der Pallas Kliniken, besteht die grösste Herausforderung darin, genügend Ärzte zu finden. Die ärztliche Tarifstruktur liegt seit vier Jahren beim Bundesrat zur Genehmigung. Sie würde zu Umlagerungen führen, ist aber eine nötige Reform.

Andrea Bischof, Abteilung Gesundheitspolitik bei der Helsana, wies vor allem auf die sich ständig erhöhende Anspruchshaltung der Patientinnen und Patienten hin.

Martin Häusermann, CEO der soH, sieht sich hingegen durch die ständig steigenden Kosten für die Spitäler gefordert. Das Schweizer Gesundheitswesen ist zwar sehr gut, aber die Preise können nicht beliebig angepasst werden. Er wünschte sich eine bessere Zusammenarbeit der regionalen Spitäler und Kliniken. Tanja Rölli, Direktorin Privatklinik Obach, plädiert für eine Stärkung von «ambulant statt stationär» bei gleichzeitiger Stärkung der Nachversorgung.

Jungfreisinnige unter neuer Führung

Mit einem Rückblick auf seine langjährige, sehr erfolgreiche Präsidentschaft verabschiedete sich Philipp Eng als Präsident der Jungfreisinnigen. Unter seiner Führung hat sich die Anzahl der Jungfreisinnigen im Kanton Solothurn von 30 auf 140 erhöht.

Mit Melanie Racine wurde eine sehr fähige Nachfolgerin für Philipp gefunden. Meli ist sowohl Präsidentin der Jungfreisinnigen des Kantons Solothurn als auch Gemeinderätin in Zuchwil.

Thema Listenverbindungen

Wie Präsident Nünlist ausführte, wurden im Vorfeld der Nationalratswahlen Gespräche mit verschiedenen Parteien geführt. Diese Gespräche führten zu keinen Listenverbindungen.

Dagegen ist es eine freisinnige Tradition, gemeinsam mit den Jungfreisinnigen in die Wahlen zu ziehen. Der Antrag der Geschäftsleitung der FDP, mit der Liste 3 und 4 der Jungfreisinnigen eine Listenverbindung einzugehen, wurde mit lautstarker Akklamation unterstützt.

Schlusswort des Präsidenten

Stefan Nünlist wünscht sich, dass Remo Ankli gemeinsam mit Pirmin Bischof im ersten Wahlgang gewählt wird. «Gemeinsam schaffen wir das», so der Schlussappell des Parteipräsidenten, und «Wir machen Solothurn stark!».

Ist der Wahltag Zahltag?

Kolumne

Wir lesen es jeden Tag in der Zeitung. Wir hören es jeden Tag am Radio. Wir sehen es jeden Tag im Fernsehen. Wir sind mitten in der heissen Phase des Wahlkampfs! Heiss war allerdings bisher nur draussen. Im Übrigen haben die Politologen ja schon längst bestimmt (rein wissenschaftlich?), wie die Wahlen im Herbst ausgehen. Gewinnen wird die SVP, wogegen die Grünen verlieren. Die SP, noch unlängst in der Gewinnzone soll jetzt plötzlich nur noch im Plus-Minus-Bereich sein, und die FDP und die Mitte würden sich angeblich ein Kopf-an-Kopf-Rennen um Rang drei der drei stärksten Parteien liefern. Die Parteien reagieren nachgerade lethargisch auf das, was der Politgeograf Michael Hermann nach dem Herumstochern in der Politlandschaft ex cathedra als neue Glaubenslehre verkündet.

«Wir sind mitten in der heissen Phase des Wahlkampfs!»

Die SVP will zwar die SRG-Gebühren halbieren und unterschiebt den Meteorologen des Fernsehens sogar politische Stimmungsmache. Was Hermann mit der von ihm geführten «Sotomo» mit seinen Meinungsumfragen von den Medien kassiert – es dürfte sich um fürstliche Honorare handeln –, wird dagegen überhaupt nicht hinterfragt, solange jedenfalls die eigene Partei dabei eine gute Figur macht.

Die eidgenössischen Wahlen sind eigentlich kantonale Wahlen, denn es sind die Wählerinnen und Wähler, die in den Kantonen bestimmen, wer schliesslich nach Bern reisen darf. Oder anders gesagt: es sind die Kantonalparteien, die für die Zusammensetzung der beiden Kammern und deren



Fraktionen das «Personal» liefern. Ob eine Kantonalpartei die Wähler mobilisieren oder sogar verloren gegangene wieder zurück gewinnen kann, ob sie also in guter Form ist, entscheiden andere Faktoren als eine Meinungsumfrage. So ist es auch fraglich, ob die Mitte tatsächlich überall die Alleinerbin der untergegangenen BDP sein wird. Ein sehr prominentes Mitglied dieser Partei hat unlängst deutlich gesagt, was wohl noch Andere auch so denken: «ich werde doch nicht noch im Alter <schwarz>».

Es geht am 22. Oktober darum, ein neues Parlament zu wählen. Es geht auch darum, endlich eine weitere Polarisierung, welche in der zu Ende gehenden Legislaturperiode verhindert hat, vernünftige Lösungen zu finden, zurückzustufen. Eine Partei, die ständig mit einer rückwärtsgewandten Politik die Schweiz sowohl neutralitäts-, wie europapolitische in eine Sackgasse führen will, verdient ebenso wenig Unterstützung, wie diejenige, die noch mehr Regulierungen, noch mehr Staatsausgaben und eine noch grössere Aufblähung der Verwaltung verlangt. Das gilt es vor allem bei der Ständeratswahl zu bedenken.

Wahltag ist Zahltag! Ein altbekanntes Schlagwort. Ob es dabei diesmal am 22. Oktober die Richtigen «breicht», ist im Moment noch Wunschdenken.

Urs Marti, Langendorf

Wechsel in den Ortsparteien

Schönenwerd

Reto Bühlmann (neu) für Markus Reisenbauer

Dulliken

Rahel Weidmann und Marco Lorenz (neu) für Walter Rhiner

Wir danken den zurückgetretenen Ortsparteipräsidenten herzlich für ihren Einsatz und wünschen den neuen viel Erfolg in ihrem Amt.

Wechsel im Kantonsrat

Lebern

Hubert Bläsi, Grenchen (neu) für Beat Späti, Bellach

AGENDA

Freitag, 22. September bis Sonntag, 1. Oktober

HESO, Solothurn, Stand Nr. 507

Sonntag, 24. September

9 Uhr: HESO – Brunch

Freitag, 22. bis Montag, 25. September

MIO Stand in Olten

Sonntag, 22. Oktober

Eidg. Abstimmung NR-/SR-Wahlen
Entgegennahme der Wahlresultate im
Restaurant Oskar & Luise, Solothurn

Dienstag, 24. Oktober

19 Uhr: kantonale Delegiertenversammlung,
Breitenbach

Freitag, 27. bis Sonntag, 29. Oktober

Zibelimäret Oensingen

Dienstag, 7. November

12.45 Uhr: Apéroggespräch mit Kantonsangestellten
und öffentliche Fraktionssitzung

Dienstag, 21. November

19 Uhr: Terminreservation ausserordentliche Sitzung
Parteivorstand

Donnerstag, 23. November

19 Uhr: Terminreservation ausserordentliche
kantonale Delegiertenversammlung

Den Jahresterminkalender und Infos zu weiteren
Anlässen finden Sie unter:

www.fdp-so.ch/aktuell/agenda/



Für tiefere Prämien

FDP-Lösung erhält am meisten Kredit

Die «Budget-Versicherung» der FDP kommt bei Gesundheitsökonomen gut an. Das freut uns und zeigt, dass wir an den richtigen Stellschrauben ansetzen. Dass der Bundesrat den innovativen Vorschlag ablehnt, ist bedauerlich. Somit verlängert sich das Nichtstun unter Gesundheitsminister Berset, obwohl bei den Gesundheitskosten grosser Handlungsbedarf besteht.

Die Krankenkassenprämien dürften diesen Herbst um 7 bis 9 Prozent steigen. Um den Mittelstand zu entlasten, welcher keine Prämienverbilligungen erhält, fordert die FDP die Einführung eines Budget-Modells. Die Bevölkerung soll künftig die Möglichkeit erhalten, ihren Leistungskatalog freiwillig einzuschränken und dadurch Kosten zu sparen. Je nach Präferenz soll es möglich sein, auf Homöopathie zu verzichten, nur noch Generika zu verwenden, die freie Arztwahl einzuschränken (Aufhebung Vertragszwang) oder das elektronische Patientendossier verpflichtend zu verwenden. Das Ziel: 25 Prozent weniger Prämienlast.

Budget-Versicherung schneidet gut ab

Stefan Felder, Gesundheitsökonom der Universität Basel, teilt in einem Interview die Analyse der FDP, wonach die stete Ausweitung des Leistungskatalogs problematisch ist: «Schaut man sich den Leistungskatalog der OKP an, dann haben wir das Gegenteil einer Grundversicherung. Es ist eine

Vollversicherung für alles und alle, wie es sie sonst nirgends auf der Welt gibt.»

Auch der erfahrene Gesundheitsökonom Willy Oggier erkennt Potenzial beim FDP-Vorschlag und sagt gegenüber dem «Blick»: «Wenn die Versicherten tatsächlich freiwillig wählen können, welches Modell sie möchten, kann man das durchaus prüfen», sagt Gesundheitsökonom Oggier. «Entscheidend ist, was in der Budget-Variante drin ist. Hier hat man viel Spielraum.»

Vorschläge von SVP, Mitte und SP fallen durch

Schlechter kommen die «Ideen» der anderen Parteien weg: Vergangene Woche erntete die Mitte für ihre Kostenbremse-Initiative (welche eigentlich Rationierungsinitiative heissen sollte) zum wiederholten Mal öffentliche Kritik aus den eigenen Reihen: Alt Ständerat Konrad Graber führte in der NZZ aus, dass der durch die ehemalige CVP lancierte Vorschlag im besten Fall eine gute Debatte bewirke, die Probleme aber nicht löse. Dass der Vorschlag nicht mehr als billiges Marketing ist, erkennt man auch,

wenn man den Initiativtext liest – es heisst: Liegt die Steigerung der durchschnittlichen Kosten (...) über der Entwicklung der Nominallöhne (...), so ergreift der Bund in Zusammenarbeit mit den Kantonen **Massnahmen** zur Kostensenkung. Konkrete Vorschläge? Fehlanzeige. Lieber fordert die Mitte «Massnahmen», bleibt somit auf der Meta-Ebene und tut so, als würde die Politik nicht seit Jahren versuchen, das Problem der steigenden Kosten in den Griff zu bekommen. Als Massnahme Ultima Ratio bliebe wohl die Rationierung von Leistungen oder Wartezeiten, wie wir sie aus England kennen.

Ebenfalls deutlich durchgefallen ist bei Experten der extreme Vorschlag der SVP, das Obligatorium abzuschaffen. Bereits seit längerem sind sich die Fachleute darüber einig, dass der Vorschlag der SP, wonach die Prämienlast durch Steuergelder Ad Infinitum ausgeglichen werden sollen, keine Kosten senken werde.

Die FDP bleibt dran

Die FDP wird sich mit Nachdruck für die Budget-Versicherung einsetzen. Tiefere Prämien erreichen wir dank mehr Wahlfreiheit und innovativen Versicherungsmodellen. Ebenfalls werden wir uns für eine Stärkung des Wettbewerbs, für den Abbau von Fehlanreizen und für eine konsequente Digitalisierung des Gesundheitswesens einsetzen.

Andri Silberschmidt, Nationalrat ZH



FDP

Die Liberalen

FDP Die Liberalen Schweiz, Alenengasse 20, 3011 Bern

Wir machen die Schweiz stark!

**Kraftwerke bauen.
Blackouts verhindern.**

Die Umsetzung der Energiestrategie 2050 ist gescheitert. Die Stromimporte aus dem Ausland entpuppten sich als links-grüne Illusion. Zudem blockieren Umweltverbände noch heute den Ausbau von Wasser-, Solar- und Windkraftwerken in der Schweiz und torpedieren den Weiterbetrieb der Kernkraftwerke. Diese Politik führt in den Blackout! **Wer mehr Strom will, wählt FDP.**

www.fdp.ch/strom

FDP

wählen!



Hol dir dein persönliches Video!

Jetzt für die FDP mobilisieren

Für die Schlussphase des Wahlkampfs hat die FDP ein innovatives Videoprojekt lanciert. Wer sich jetzt registriert, erhält nächste Woche von Parteipräsident Thierry Burkart ein persönliches Video.

In weniger als sechs Wochen finden die eidgenössischen Wahlen statt. Die FDP und ihre über 600 Kandidierenden in allen Kantonen kämpfen bis am 22. Oktober für mehr freisinnige Politik in Bundesbern, damit das Erfolgsmodell Schweiz auch in Zukunft Bestand hat. In der heissen Phase des Wahlkampfs ist die Mobilisierung unglaublich wichtig. Jetzt gilt es, alle Parteimitglieder, freisinnig denkende und FDP-nahe Menschen in der Schweiz davon zu überzeugen, FDP zu wählen. Als Partei, die für Innovation und Technologieoffenheit steht, nutzt die FDP hierzu ein neues Instrument.

dern geht auch auf die spezifischen Verhältnisse in deinem Kanton ein. Gerade in den Ständeratswahlen winkt der FDP die Möglichkeit, stärkste Partei in der kleinen Kammer zu werden. Dafür treten eine Vielzahl engagierter Kandidierender an, die im personalisierten Video ebenfalls präsentiert werden. Ab sofort kannst du dein persönliches Video bestellen und es an deine Freunde, Bekannten und Familienmitglieder schicken, damit sie sich auch registrieren. Gemeinsam treten wir eine freisinnige Welle los, damit die FDP am 22. Oktober Wahlsiegerin wird.

Thierry Burkart für dich

Registrierte dich jetzt, dann erhältst du nächste Woche ein persönliches Video von Parteipräsident Thierry Burkart. Sag uns, für welche Themen du dich interessierst, und Thierry Burkart erzählt dir, welche Lösungen die FDP bereithält. Thierry Burkart nennt dich nicht nur beim Namen und spricht über die Themen, die dir wichtig sind, son-



QR-Code scannen und persönliches Video bestellen.

«In der heissen Phase des Wahlkampfs ist die Mobilisierung unglaublich wichtig.»



Medienkonferenz zur Migrationspolitik in Bern. Fotos: Jannik Kaiser



Für eine realistische Migrationspolitik

FDP-Lösungen für eine massvolle Zuwanderung mit Zukunft

Die FDP will eine harte, aber faire Migrationspolitik, die die humanitäre Tradition der Schweiz wahrt. Im August besuchte eine FDP-Delegation Chiasso, um sich vor Ort über die herausfordernde Situation zu informieren. Eine Woche später präsentierte die FDP an einer Medienkonferenz in Bern ihre Forderungen für eine realistische Migrationspolitik.

Die starke Zuwanderung beziehungsweise deren Auswirkungen auf Infrastrukturen, Wohnungsverfügbarkeit und Sicherheit beschäftigt und fordert nach Massnahmen. Eine massvolle Einwanderungspolitik und sichere Beziehungen zur Europäischen Union gehören zu den Prioritäten der FDP. Für die Bekämpfung des Arbeiterkräftemangels ist es wichtig, dass die Schweiz auch in Zukunft auf hochqualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland zählen kann. Die humanitäre Tradition ist ein wichtiger Pfeiler unseres Landes. Gleichzeitig muss das Asylwesen vor Missbräuchen geschützt werden, das heisst: bestehende Gesetzgebung konsequent vollziehen, Sozialtourismus bekämpfen, die Einwanderung aus Drittstaaten beschränken und Missstände im Asylbereich beheben.

Asylsystem braucht langfristige Akzeptanz

Das Asylgesetz ist im Grunde gut, die Anwendung durch das EJPD jedoch nicht. So weigert sich Italien seit Dezember 2022, das Dublin-Abkommen einzuhalten und Asylsuchende zurückzunehmen. Dem EJPD gelang es bisher nicht, die Situation zu deblockieren. Die Kantone sind die Leidtragenden, die Unterkünfte für Personen finden müssen, die eigentlich nach Italien zurück gehören. Deshalb fordert die FDP mittels Motion, dass die Schweiz Allianzen mit anderen Ländern bilden muss, um Druck auf Italien auszuüben. Problematisch ist ebenfalls, dass Asylsuchende nicht im ersten Aufnahmeland ein Gesuch stellen, sondern ein anderes bzw. besseres Zielland auswählen. Diese sekundäre Migration widerspricht dem Gesetz und muss

umgehend gestoppt werden. Die FDP wurde bereits mit einem Fraktionsvorstoss aktiv. Eritrea weigert sich seit Jahren, abgewiesene Asylsuchende aus der Schweiz zurückzunehmen. Weil diese in der Schweiz keinen Schutz benötigen, aber das Asylsystem stark belasten, fordert die FDP, dass der Bundesrat aktiv wird. Hierzu soll ein Pilotprojekt lanciert werden, um abgewiesene Eritreer in ein Drittland schicken zu können. Der Ständerat hat den dringenden Handlungsbedarf bereits erkannt und die FDP-Motion angenommen.

Personenfreizügigkeit mit Augenmass

Die Schweiz braucht Zuwanderung und auch das inländische Arbeitskräftepotenzial, um ihr Niveau auf dem Arbeitsmarkt zu halten. Gerade auch, weil in den nächsten Jahren Hunderttausende Erwerbstätige aus der Babyboomer-Generation in den Ruhestand gehen. Aufgrund dessen fehlen uns bis 2040 eine halbe Million Arbeitskräfte. Diese Lücke lässt sich nicht ohne die Zuwanderung füllen. Unternehmen leiden schon heute unter einem gravierenden Fachkräftemangel, der mittlerweile eigentlich ein Arbeitskräftemangel ist. Dass die

«Die Schweiz braucht Zuwanderung und auch das inländische Arbeitskräftepotenzial, um ihr Niveau auf dem Arbeitsmarkt zu halten.»

SVP in dieser Situation gegen die Personenfreizügigkeit kämpft, ist zweckwidrig und unverständlich für die Schweizer Unternehmen und unser Wohlstand. Die SVP-Initiative ist nichts anderes als die Wiederholung der Kündigunginitiative, die 2020 mit über 60 Prozent abgelehnt wurde. Statt gegen jegliche Zuwanderung zu sein und eine unhaltbare Angst vor Fremden zu schüren, setzt die FDP auf pointierte und konkrete Lösungsvorschläge. Die Individualbesteuerung und die Renteninitiative reduzieren den Zuwanderungsdruck, weil das inländische Arbeitskräftepotenzial besser ausgeschöpft wird. Damit die Infrastruktur mit dem Bevölkerungswachstum Schritt hält, braucht es gezielten Ausbau auf der Strasse und auf der Schiene. In der Wohnbaupolitik braucht es schnellere Bewilligungen und weniger Vorschriften. Hier stehen insbesondere die links-grün regierten Städte in der Verantwortung.

Kantone nicht im Stich lassen

Vielerorts leiden Kantone und Gemeinden unter den steigenden Migrationszahlen. Ein Beispiel ist die Tessiner Grenzstadt Chiasso, wo Asylsuchende des nahen Bundesasylzentrums für Probleme und Kleinkriminalität sorgen. Das darf nicht sein. Die FDP fordert deshalb eine Taskforce Asyl, die die Zusammenarbeit und die Koordination zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden verbessern soll. Zudem braucht es die Möglichkeit einer angeordneten Verlegung, wenn sich Asylsuchende ausserhalb der Bundesasylzentren nicht an die öffentliche Ordnung halten. Die FDP will ausserdem wissen, wie bestehende Asylunterkünfte besser genutzt werden können und welche Alternativlösungen in Betracht gezogen werden können. Das EJPD steht hier in der Pflicht, langfristige Strategien mit Einbezug der nötigen Organe zu entwickeln.

Humanitäre Tradition aufrechterhalten

Mit der Aufnahme von über 60 000 Ukraine-Flüchtlingen hat die Schweiz seit März 2022 einen Kraftakt vollbracht und das Asylsystem vor einer Überlastung verschont. Der Schutzstatus S wurde erstmals aktiviert und hat sich weitgehend bewährt. Die FDP setzt sich dafür ein, dass der Schutzstatus S weiterhin rückkehrorientiert ausgestaltet und gegebenenfalls angepasst wird. Ein wichtiges Instrument sind auch Migrationspartnerschaften. Die FDP fordert eine Neuausrichtung, weil Migrationspartnerschaften helfen, Migration und Rückführungen besser zu steuern. Auf europäischer Ebene laufen derzeit Bestrebungen, den Migrationspakt zu reformieren. Die FDP hat eine Reihe von Fragen an den Bundesrat gestellt und will wissen, wie Schweizer Anliegen dort eingebracht werden können.



Eine namhafte FDP-Delegation tauschte sich in Chiasso mit den Lokalbehörden aus.

Bundesrätin Karin Keller-Sutter weiss um den Wert der Schuldenbremse. Fotos: Jannik Kaiser



Die doppelte Dividende der Schuldenbremse

Beitrag von Bundesrätin Karin Keller-Sutter

Die Schuldenbremse wird 20 Jahre alt. Finanzministerin Karin Keller-Sutter blickt in die Vergangenheit und in die Zukunft und würdigt dieses wichtige Instrument der Schweizer Politik.

Als Finanzministerin bin ich meinem Vorvorgänger im Amt, Kaspar Villiger, zu Dank verpflichtet. Dafür, dass er in schlaflosen Nächten gute Ideen hatte. Und mir damit zu einer guten Freundin in meinem Amt verholfen hat: der Schuldenbremse.

Aber was ist eine politische Idee wert, wenn sie nicht von der Gesellschaft getragen wird? Darum bin ich auch der Schweizer Stimmbevölkerung dankbar. Sie hat der Schuldenbremse am 2. Dezember 2001 mit fast 85 Prozent zugestimmt – und ihr damit eine aussergewöhnlich hohe demokratische Legitimität erteilt. Neue Ideen lösen immer auch Ängste aus. So wurde vor 22 Jahren vor einem «diabolischen Instrument» gewarnt, als der Nationalrat die Schuldenbremse debattierte. Gesagt wurde auch, dass die Schuldenbremse wie ein Autopilot sei. Statt Bundesrat und Parlament Sorge nun eine technokratische Formel für die Budgetpolitik.

So einfach wie genial

Doch die Schuldenbremse entbindet weder die Finanzministerin noch Bundesrat und Parlament von der Arbeit. Im Gegenteil. Sie diskutieren Jahr für Jahr intensiv über die Ausgaben- und die Einnahmepolitik des Staates. Das Parlament hat die Budgethoheit. Und es kann auch neue Ausgaben

beschliessen. Wenn wir aber neue Ausgaben beschliessen, müssen wir schauen, wie wir sie finanzieren können, ohne die Rechnung einfach den nachfolgenden Generationen zu hinterlassen. Und das ist natürlich der Clou der Schuldenbremse – er ist so einfach wie genial.

In der Debatte zur Schuldenbremse wurde damals auch die Befürchtung geäussert, dass sie zu einer Reduktion der Ausgaben führe und die Umverteilung gefährde. Auch diese Annahme lässt sich heute leicht widerlegen. Trotz Schuldenabbau sind die staatlichen Ausgaben in den letzten 20 Jahren von rund 50 Mrd. auf über 80 Mrd. gestiegen. Und sie werden übrigens auch im nächsten Jahr weiterwachsen. Es ist auch nicht so, dass die Schweiz ihre Investitionen vernachlässigt hätte. Die Investitionen haben in den letzten Jahren sogar stärker zugenommen als die Gesamtausgaben oder das Bruttoinlandprodukt.

Bewährungsprobe bestanden

Die Corona-Jahre waren eine wichtige Bewährungsprobe für die Schuldenbremse. Innert kürzester Zeit musste der Bundesrat den Leuten – vom Künstler bis zur Gewerblin – unter die Arme greifen, weil sie als Folge der zwar nötigen, aber natürlich weitreichenden Eingriffe des Staates in das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben

zum Teil in existenzielle Nöte gerieten. Allein im Jahr 2020 hat der Bund dafür zusätzliche Ausgaben von rund 15 Milliarden Franken getätigt, 2021 waren es noch einmal 14 Milliarden.

Und auch diesen Test hat die Schuldenbremse bestanden. Von Beginn an waren Mechanismen eingebaut, die dem Staat und der Politik eine gewisse Flexibilität erlauben. Wir waren daher auch in der Lage, die Ausgaben zu tätigen, die 2022 nötig wurden, nachdem Russland die Ukraine angegriffen hatte und Zehntausende ukrainische Menschen auch in der Schweiz Schutz suchten.

Ökonomen würden vielleicht von einer doppelten Dividende der Schuldenbremse sprechen. Sie sorgt erstens für eine nachhaltige Finanzpolitik und damit für Stabilität. Auch nach der Credit-Suisse-Krise und bevor die UBS im August auf die staatlichen Garantien verzichtete, bewerteten die Ratingagenturen die Kreditwürdigkeit der Schweiz weiterhin mit der Bestnote. Die zweite Dividende der Schuldenbremse ist ihr Beitrag an die staatliche Handlungsfähigkeit. Eine nachhaltige Finanzpolitik erlaubt es dem Staat, in der Krise schnell und wirkungsvoll zu handeln, ohne die Stabilität zu gefährden.

Wendepunkt naht

Wo stehen wir heute? Die Finanzplanung stellt uns vor Herausforderungen. Das liegt nicht daran, dass uns die Einnahmen wegschmelzen würden. Es liegt daran, dass wir mit einer Vielzahl neuer Ausgabenbegehren konfrontiert sind. Zum Teil sind sie eine Folge der jüngsten Krisen: Dazu ge-

Alt Bundesrat Kaspar Villiger gilt als Vater der Schuldenbremse.



«Ein neuer Ansatz»

Schuldenbremse dank Kaspar Villiger

«Spare in der Zeit, so hast du in der Not.»

hören die Pläne zur starken Erhöhung der Armeeausgaben. Dazu gehören aber auch die künftigen Kosten für den Wiederaufbau der Ukraine, an den auch die Schweiz einen Beitrag leisten müssen. Als Folge der demografischen Alterung werden zudem die Ausgaben der AHV weiterhin stark steigen.

Es gibt aber auch Tendenzen in der nationalen Politik, kantonale Aufgaben zu zentralisieren. Ich denke an die Prämienverbilligungen und an die Subventionierung der Fremdbetreuung von Kindern. Alles wird man nicht finanzieren können, ohne Reformen anzupacken oder eben Prioritäten zu setzen und anderswo Abstriche zu machen.

Zumal wir vermutlich an einem Wendepunkt stehen. Heute können wir uns unsere Schulden gut leisten. Aber das kann sich schnell ändern. 2021 kosteten uns die Schulden des Bundes noch 760 Millionen Franken. Nächstes Jahr dürften es aufgrund der gestiegenen Zinsen bereits 1,5 Milliarden sein.

Ich halte nichts von Schwarzmalerei. Mich besorgt zwar die gegenwärtige Entwicklung der Weltwirtschaft. Die jüngsten Krisen haben mich aber zuversichtlich gestimmt, dass wir auch künftige Herausforderungen meistern können. Und gerade darum sollten wir das Erreichte nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.

In diesem Sinne überlasse ich das letzte Wort dem Volksmund, der bekanntlich besagt: «Spare in der Zeit, so hast du in der Not.»

Karin Keller-Sutter, Bundesrätin

Alt Bundesrat Kaspar Villiger gilt als Vater der Schuldenbremse. Er verantwortete als Finanzminister deren Einführung im Jahr 2003 und ist heute noch von der Wichtigkeit dieses Instruments überzeugt.

Wieso wurde die Schuldenbremse vor 20 Jahren nötig?

Ab Ende der 1980er-Jahre liess die Finanzdisziplin im Bundesrat und im Parlament nach. Innert sieben Jahren hat sich der Schuldenstand verdoppelt. Mir war klar, dass es einen neuen Ansatz braucht, nämlich einen Mechanismus, was passiert, wenn die Ausgaben aus dem Gleichgewicht geraten. Dank vereinten Kräften in meinem Departement gelang die Konstruktion der Schuldenbremse. Ich war froh, stimmte das Volk deutlich mit über 85 Prozent zu.

Was waren die Einwände gegen die Schuldenbremse?

Es gab Befürchtungen, dass die Schuldenbremse die Wirtschaftslage weiter verschlechtern könnte. Es geschah aber das Gegenteil, das Wachstum nahm zu. Ein anderer Einwand war, dass Infrastrukturen verlottern. Aber auch das traf nicht ein, der Investitionsanteil blieb gleich gross.

Gibt es die Schuldenbremse in 20 Jahren immer noch?

Wenn das Volk die Schuldenbremse nicht mittels einer Abstimmung aus der Verfassung streicht, was ich nicht glaube, wird es die Schuldenbremse

auch in 20 Jahren noch geben. Hierzu noch etwas Wichtiges: Die Schuldenbremse will ja nicht die Staatstätigkeit erschweren oder jemandem ein berechtigtes Anliegen verwehren, sondern will, dass der Staat stabil und langfristig finanziert ist. Das ist wichtig für den Wirtschaftsstandort und die Investoren.

«Wachstum, Wohlstand und Widerstandsfähigkeit.»

Die Schuldenbremse hat also auch in Zukunft ihre Berechtigung?

Gerade wenn wir wieder einmal eine Krise haben, brauchen wir Reserven, um diese Krise zu bekämpfen. Deshalb sage ich stets: Die Schuldenbremse ist ein wichtiger W.W.W.-Beschleuniger – nämlich Wachstum, Wohlstand und Widerstandsfähigkeit.

Interview: Julia Lüscher

Tag der FDP

Grosser Andrang am FDP-Shop. Fotos: Jannik Kaiser



1000 Freisinnige lancieren die heisse Phase des Wahlkampfes

Erfolgreicher Tag der FDP in Fribourg

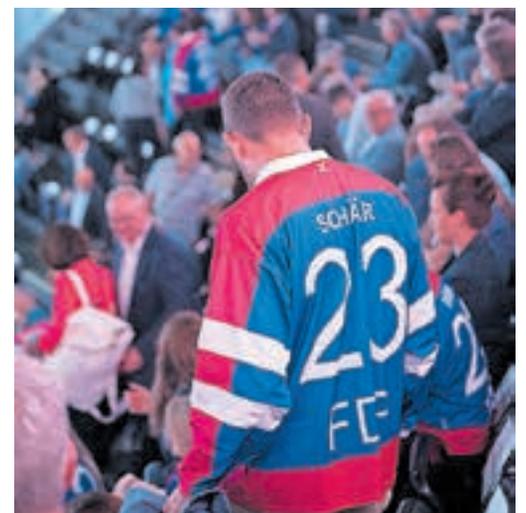
Unser liberales Erfolgsmodell ist bedroht. Gegen diese Tendenz tritt die FDP mit einer Politik an, die anpackt und die richtigen Prioritäten setzt: innovative Wirtschaft, verlässliche Stromversorgung und sichere Renten. Der Tag der FDP in Fribourg unterstrich: Die FDP ist unverzichtbar als Motor für liberale Lösungen und den Wohlstand der Schweiz.



Die FDP ist bereit für einen intensiven Wahlkampf.



Die Foto-Box erfreute sich grosser Beliebtheit.



Die 150 anwesenden Kandidierenden waren mit personalisierten Hockeytrikots ausgerüstet.



Rund 1000 Freisinnige strömten in das Eishockeystadion von Fribourg-Gottéron.



Für Vizepräsidentin und Ständerätin Johanna Gapany war es ein Heimspiel.



Nationalrat Philippe Nantermod führte mit viel Elan durch den Vormittag.



Bundesrat Ignazio Cassis im Austausch mit Bundesrätin Karin Keller-Sutter, Fraktionspräsident Damien Cottier, Parteipräsident Thierry Burkart und Moderator Philippe Nantermod (von rechts).



Ständerat und Vizepräsident Andrea Caroni im Gespräch mit Vizepräsidentin Alessandra Gianella.



Vizepräsident und Nationalrat Andri Silberschmidt (rechts) sprach mit Matthias Müller, Präsident der Jungfreisinnigen, über die Notwendigkeit einer sicheren Altersvorsorge.



Parteipräsident Thierry Burkart betonte, dass die FDP für Aufbruch und nicht Stillstand steht.

Der lange wirtschaftliche Niedergang Europas bedroht uns

Ein Richtungswechsel tut not

Parteivizepräsident und Nationalrat zeigt auf, was der wirtschaftliche Kriechgang Europas für dramatische Auswirkungen hat. Die Schweiz muss sich aktiv dagegenstemmen, damit sie nicht in den gleichen Sog gerät.

«Die Europäer verarmen.» Dieser Titel des Artikels im «Wall Street Journal» vom 17. Juli ist nicht sehr ermutigend. Er sollte uns beunruhigen. Uns den Schlaf rauben. Aber niemand will der Realität in die Augen blicken. Die Zahlen sprechen für sich. Bis 2008 waren die Volkswirtschaften der Euro-Zone und der USA mit etwas mehr als 14 Billionen Dollar gleich gross. Fünfzehn Jahre später stagniert das europäische BIP. Das der USA ist auf über 25 Billionen Dollar gestiegen. Die Grössenordnungen mögen je nach Indikator etwas variieren, der Befund bleibt immer derselbe: Im vergangenen Jahrzehnt ist Europa buchstäblich aus den Fugen geraten. Die Schweiz, die sich rühmen konnte, weit über dem internationalen Durchschnitt zu liegen, geht leider den gleichen Weg wie die Euro-Zone und wird von den USA bedrängt. Wenn wir so weitermachen wie bisher, werden wir bis Ende des Jahrzehnts abgehängt sein. Was ist los mit uns?

Ein Sozialmodell, das überdacht werden muss

Liegt es am europäischen Sozialstaat, um den uns der Rest der Welt beneidet? Sicher ist, dass wir vor lauter Lob für seine unzähligen Vorzüge wohl vergessen haben, dass Wohlstand zuerst erarbeitet werden muss, bevor er verteilt werden kann. Und hier steht die Schweiz ihren Nachbarn in nichts nach. In der Berichtsperiode haben wir ein gutes Dutzend neuer Sozialversicherungen eingeführt oder bestehende ausgebaut. Die Sozialausgaben pro Kopf sind in dieser Zeit um ein Drittel gestiegen.

Ohne unser Sozialmodell demontieren zu wollen, ist die Maschinerie ins Stottern geraten. Bei jedem Problem findet sich ein wachsamer Geist, der darauf hinweist, dass das Leben in der Schweiz ohne diese oder jene zusätzliche Ausgabe unmöglich geworden ist. Wenn die Schweden, die Spanier oder die Österreicher einen Urlaub oder ein Sozial-

werk eingeführt haben, dann brauchen wir das auch. Und zwar sofort. Es ist, als lebten wir in einer Vision aus Émile Zolas Albträumen und warteten auf den nächsten Sozialurlaub. Und wenn Sie den Fehler machen, zu sagen, dass es bis jetzt nicht möglich war, den Vaterschaftsurlaub auszuweiten, oder dass es nicht lebenswichtig ist, überall Bindenspender aufzustellen, dann wird man Ihnen sagen, dass ein so reiches Land wie die Schweiz sich diese kleinen Dinge leisten kann. Die jüngsten Entwicklungen in unserer Wirtschaft zeigen, dass dies vielleicht nicht so selbstverständlich ist.

Aber es gibt nicht nur Urlaub, sondern auch Arbeit. In unserer Gesellschaft wird Teilzeitarbeit fetischisiert und die 45-Stunden-Woche als Relikt aus den schlimmsten Zeiten der Geschichte dargestellt. In den Medien wird regelmässig die 4-Tage-Woche propagiert, in Deutschland wird über ein Gesetz zur Einführung eines Rechts auf Siesta diskutiert und die Gewerkschaften fordern lautstark neue Ferienwochen. Können wir uns vorstellen, dass unsere Konkurrenten ernsthaft über das bedingungslose Grundeinkommen und das Recht auf Faulheit diskutieren? Vielleicht am ersten April. Wenn Europa und die Schweiz aufwachen wollen, müssen sie sich einen Ruck geben und die Arbeit wieder ins Zentrum ihrer Werte stellen.

Überregulierung ist ein Innovationskiller

Emma Marcegaglia, die ehemalige Präsidentin des italienischen Arbeitgeberverbandes Confindustria, hat einmal gesagt: Wenn eine Innovation kommt, machen die Amerikaner daraus ein Geschäft, die Chinesen kopieren und die Europäer regulieren. Wenn dieser Satz zum Lachen war, kann er uns heute zum Weinen bringen. Die Feststellung schreit zum Himmel. Wie viele Smartphones aus Europa gibt es? Wie viele europäische Einhörner im Bereich der erneuerbaren Energien? Wie viel KI-Software wird in Europa programmiert? Wer ist führend bei Elektrofahrzeugen, Raumfahrt und Streaming-Plattformen? Wer liegt in der Genforschung vorne? Wer treibt die Kern-



fusion voran? Die Liste liesse sich beliebig verlängern.

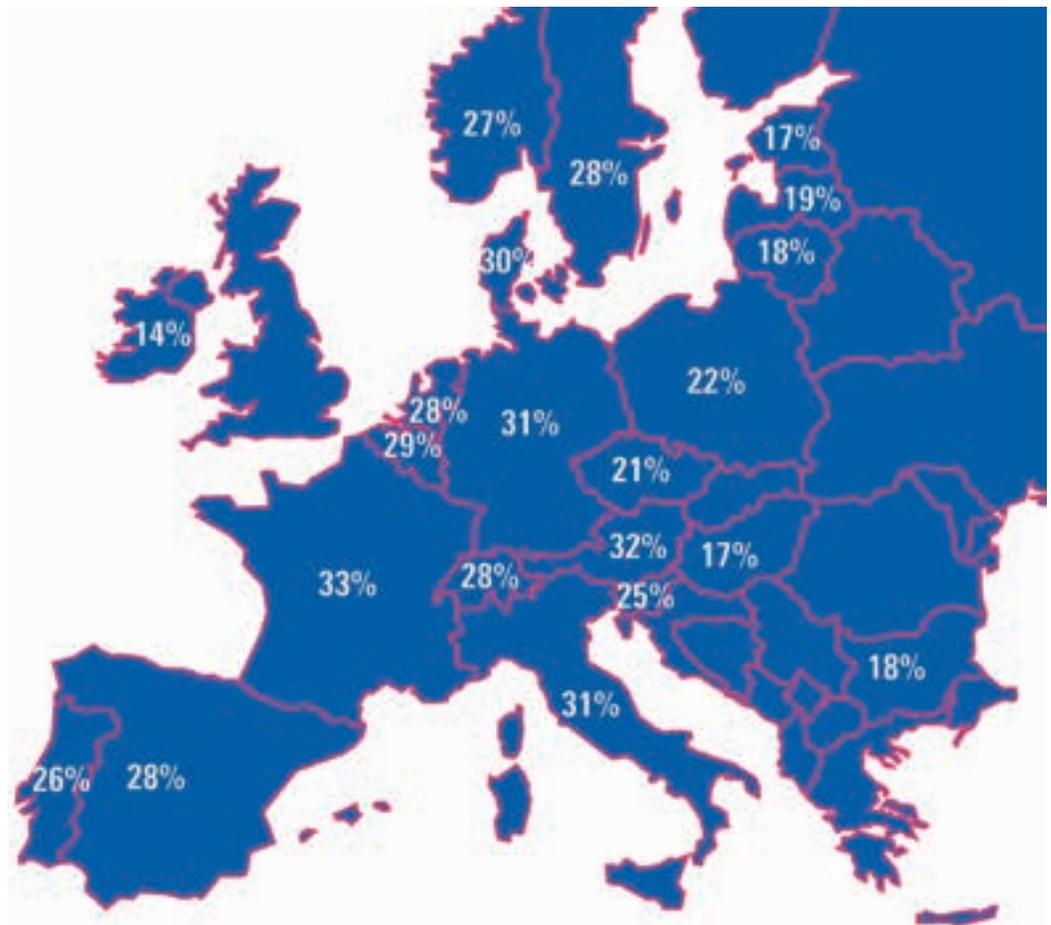
Und die Wahrheit ist leider erschreckend. Bei jeder dieser Innovationen standen die Europäer an vorderster Front, um unverdauliche Gesetze zu verabschieden, vom Datenschutz bis zum Verbot genetisch veränderter Organismen, so dass die Innovation nicht mehr auf dem alten Kontinent stattfindet (ausser bei der Erfindung von Steuern, da sind wir hervorragend). Über 5G wurde mehr wegen seiner esoterischen Mängel als wegen seines Fortschrittpotenzials gesprochen. Mit der Verabschiedung der berühmten Datenschutzgrundverordnung ist die Zahl der entwickelten Anwendungen eingebrochen. All dies, um Sie davor zu schützen, Ihre Daten freiwillig auf einem Kontinent preiszugeben, auf dem der Staat im Namen der Bekämpfung der Steuerhinterziehung ungehindert auf Ihre Bankkonten zugreifen kann.

Leider nimmt der Regulierungswahn kein Ende. Von der künstlichen Intelligenz bis zum selbstfahrenden Auto kämpfen die europäischen und schweizerischen Behörden gegen Windmühlen, während unsere Industrie verschwindet. Aufgrund des hohen Handelsvolumens mit der EU kopieren wir systematisch die Fehler Brüssels... Auch wenn es kaum anders geht, ist das Vorgehen beunruhigend.

Der schlimmste Kollateralschaden ist zweifellos an den Universitäten zu finden. Man könnte sich damit beruhigen, dass wir, wenn wir schon keine Geschäfte machen, wenigstens in der Grundlagenforschung erfolgreich sind. Doch weit gefehlt. Im «QS World University Ranking», das jährlich die besten Universitäten klassiert, fallen die Schweiz und Europa zurück. Die ETH bleibt zwar (noch) in den Top 10 und rettet die Ehre der Schweiz, aber man sieht den Wald vor lauter Bäumen nicht: Die erste europäische Universität, Paris PSL, liegt auf Platz 24, und unter den ersten 50 sind weniger als fünf Universitäten. Durch die Konzentration auf intersektionale Gender Studies und anderen post-modernen Hokuspokus haben unsere Hochschulen einige wichtige Wendepunkte in der Entwicklung der Menschheit verpasst.

Dramatische Folgen

Die Folgen dieser Entgleisung sind dramatisch. Viel mehr, als wir uns vorstellen können. Nein, Wirtschaftswachstum ist nicht dazu da, die Welt mit nutzlosem Plastikkrum zu überschwemmen. In den letzten zehn Jahren wurde das schrumpfende



Ausgaben für die soziale Wohlfahrt in Prozent des BIP im europäischen Vergleich.

Wachstum in der Schweiz vollständig von den Ausgaben für die Renten und das Gesundheitswesen aufgezehrt.

Wenn sich eine Wirtschaft auf ihren Lorbeeren ausruht, zahlen die Bürger den Preis. Das haben wir in den vergangenen Monaten gesehen. Die Widerstandsfähigkeit Europas gegen den Inflationsschock ist praktisch gleich null. Energie, Gesundheit, Lebensmittel und andere Kosten: Jede Preisbewegung stürzt Tausende von Menschen in Unsicherheit, manchmal sogar in Armut.

In den letzten 15 Jahren hat Europa einen Weg der Technokratie und der Selbstzufriedenheit eingeschlagen, der in den Untergang führen kann. Die Schweiz wird leider von ihrem Nachbarn auf diesen Irrweg gezwungen. Der Weg aus der Sackgasse wird nicht einfach sein. Wir müssen unsere Denkweise ändern. Steuersenkungen, Deregulierung, Privatisierung sind unumgänglich. Grosse Worte, die auf dieser Seite des Atlantiks so beunruhigend klingen.

In der kommenden Legislaturperiode ist es an der Zeit, den Kurs zu korrigieren und zu den Grundlagen zurückzukehren, die unseren Reichtum ausmachen: Freiheit und Eigenverantwortung.

Und sich für ein paar Jahre eine Pause von neuen Regulierungen und dem Ausbau des Sozialstaates zu gönnen. Nicht weil wir das nicht wollen, sondern weil wir es uns nicht leisten können.



Philippe Nantermod, Parteivizepräsident und Nationalrat VS

Dieser Blog ist eine Übersetzung der Kolumne, die auf Französisch im «Blick» erschienen ist.

Während der Herbstsession finden auch die Feierlichkeiten rund um das 175-Jahr-Jubiläum der Bundesverfassung statt. Foto: Jannik Kaiser.



Krankenkassenprämien, Wasserkraftwerke und weniger Treibhausgasemissionen in der Schweiz. Das sind die Themen der Herbstsession.

Das war's. Zumindest fast. Die laut abtretendem Bundeskanzler Walter Thurnherr «schlimmste Legislatur» geht in die Schlussphase. Das Parlament hat die Corona-Pandemie gemeistert, erlebt einen Krieg in Europa, muss dringend Lösungen für die Energiekrise finden und wird sich in neuer Zusammensetzung mit den Folgen der Credit-Suisse-Übernahme herumschlagen müssen.

Aber auch ganz handfeste Anliegen stehen derzeit im Vordergrund. Eine der wichtigsten gesundheitspolitischen Massnahmen der vergangenen Jahre kommt in den Rat. Vier Buchstaben stehen hier für eine Revolution EFAS. Hinter der etwas technisch klingenden Vorlage der einheitlichen Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen verbirgt sich nichts weniger als die Abschaffung einer der grössten Fehlanreize in unserem Gesundheitssystem.

Vorteil EFAS

Das Gesetz schreibt heute vor, dass die Kantone mehr als die Hälfte der Kosten übernehmen, wenn eine Person nach einem Eingriff mindestens eine Nacht im Spital bleibt – also stationär behandelt

wird. Geht eine Person nach einem Eingriff direkt nach Hause, spricht man von einer ambulanten Behandlung und die Kosten werden vollumfänglich von der Krankenkasse übernommen. Eine Verlagerung von stationär nach ambulant ist aus mehreren Gründen wünschenswert: Bei gleicher oder teils höherer Qualität kosten ambulante Eingriffe deutlich weniger und für den Patienten ist es auch angenehmer, weil er nicht länger als nötig im Spital bleiben muss. Patienten profitieren zudem vom Umstand, dass die Gefahr einer Infektion zu Hause viel geringer ist und die Pflegenden werden entlastet. Die «Ambulantisierung» wird heute leider verschleppt, weil die eigentlich sinnvolle Verlagerung ausschliesslich bei den Prämienzahlenden einschenkt. Künftig – dank EFAS – sollen ausschliesslich medizinische Gründe massgebend dafür sein, ob eine Person ambulant oder stationär behandelt wird.

Mehr als eine homöopathische Wirkung wird auch vom Mantelerlass erwartet. Dieses Mammutgesetz wird, wenn alles nach Plan läuft, in der Herbstsession zu Ende beraten. Dank dieser Vorlage können 15 Wasserkraftprojekte endlich im

Schnellzugstempo gebaut und weitere energiepolitische Weichen gestellt werden, damit in der Schweiz endlich mehr Strom produziert werden kann.

FDP wählen – Bundeshausfraktion stärken

Als Ausblick auf das kommende Jahr beginnt der Ständerat bereits mit der Beratung des CO₂-Gesetzes. Die Neuauflage der beim letzten Mal am Volk gescheiterten Vorlage verzichtet auf die ganz grossen Würfe und orientiert sich am Machbaren. Dennoch setzt sie klare Ziele und will die Treibhausgasemissionen in der Schweiz bis 2030 gegenüber 1990 halbieren. Hier zeigt sich, dass realistische Klimapolitik auch ohne Klebstoff möglich ist. Über Details lässt sich aber auch nach der schlechtesten Legislaturperiode noch munter streiten.

Weil die FDP dies besonders gut kann und der Schweiz den Weg in eine liberale Richtung weisen kann, ist es wichtig, dass Sie am 22. Oktober mithelfen, die Fraktion im Bundeshaus zu vergrössern. Ihre Stimme ist entscheidend, damit die Liberalen nicht nur für Aufsehen sorgen, sondern mit ihren Vorschlägen auf der Gewinnerseite stehen.

Christian Steiner, Fraktionssekretär

KOLUMNE

Mit «à la carte» anstatt «all you can eat» gegen den Prämienschock

Im Oktober wird SP-Bundesrat Alain Berset wieder bekanntgeben, um wie viel die Krankenkassenprämien steigen werden. Nachdem die Prämien bereits im vergangenen Jahr im Schnitt um 6,6 Prozent gestiegen sind, wird manchen Kassen für diesen Herbst ein Anstieg von bis zu 10 Prozent vorausgesagt. Das belastet den Mittelstand, der nicht von Prämienverbilligungen profitiert, immer stärker!

Um diesen zu entlasten und die Prämienlast ohne Qualitätseinbisse zu senken, lancierten wir im Juli die Idee eines «Budget-Versicherungsmodells». In der heutigen obligatorischen Grundversicherung gilt ein «all you can eat»-System: Man bezahlt einen Fixpreis, darf dafür alles konsumieren. Es gibt immer mehr Menschen, die dies gar nicht wollen. Für diese wollen wir eine Alternative schaffen: ein Menü «à la carte».



Konkret wollen wir, dass alle Personen die Möglichkeit haben, durch bewusste Entscheidungen ihre Krankenkassenprämien massiv zu reduzieren. Denkbar wären zum Beispiel eine Generika-Pflicht bei gewissen Medikamenten, eine höhere Franchise, ein Obligatorium zur Nutzung des

elektronischen Patientendossiers, ein Verzicht auf Homöopathie oder der Abschluss von Mehrjahresverträgen.

Solche sind in den heutigen alternativen Versicherungsmodellen verboten. Gerade für chronisch kranke Menschen oder Leute mit mehreren Krankheiten wäre es jedoch von Vorteil, wenn Versicherer in ihre Gesundheit investierten und dafür einen Anreiz in Form von Mehrjahresverträgen hätten.

Ich bin davon überzeugt: Mit einem «Budget-Versicherungsmodell» fielen die Gesundheitskosten bei gleichbleibender Qualität tiefer aus.

Andri Silberschmidt
Parteivizepräsident und Nationalrat ZH

Einladung zum Fachreferat



Peter Regli

Der ehem. Chef des Schweizer Nachrichtendienstes, Dipl. Masch.-Ing. ETH, Divisio-när a.D., Delegierter der FDP Schweiz, spricht zum Thema

Die Ukraine, Putin und Xi – wie weiter?

> Mittwoch, 18. Oktober 2023, in Bern, Kaserne, Auditorium, Papiermühlestrasse 13 + 15, 3000 Bern 22

(im Navigationssystem eingeben: Kasernenstrasse 27) oder per ÖV mit Tram Nr. 9 ab Bahnhof Bern bis Breitenrain, dann 300 m zu Fuss, via Herzogstrasse

> Papiermühlestrasse bis zur Kaserne.

> Beginn: 18.45 Uhr, Apéro
19.30 Uhr, Referat

Eintritt frei, keine Anmeldung notwendig.

Delegiertenversammlungen 2024

Jetzt vormerken

Samstag, 20. Januar 2024

Samstag, 22. Juni 2024

Samstag, 19. Oktober 2024

Wir machen die Schweiz stark!

A light teal map of Switzerland is centered in the background. Overlaid on the map is the text 'JEDERZEIT STRÖM' in white, bold, sans-serif capital letters. The letter 'O' in 'STRÖM' is replaced by a white power button symbol (a circle with a vertical bar in the center).

JEDERZEIT
STRÖM

BLACKOUT STOPPEN

— JETZT —
UNTERSCHREIBEN!

blackout-stoppen.ch

